

Resolution der OGBL-Pensionierten- abteilung vom 22. Mai 2013

Die Pensioniertenabteilung des OGBL, tagend am 22. Mai 2013 im CEFOS der Arbeiterkammer in Remich, befasste sich mit der aktuellen politischen und wirtschaftlichen Lage in unserem Land und der sich daraus ergebenden prekären Zukunftsaussichten der älteren Bevölkerung. Aufgrund der aktuellen Wirtschaftskrise sowie der Austeritätspolitik muss man feststellen, dass die Gewalt sowie die Gefahr von offenen Konflikten zunimmt und vor allem die Rentner die Leidtragenden sind. Die Pensioniertenabteilung ist gegen jede Form von Gewalt und unterstützt jede diplomatische Friedensinitiative.

Die Delegierten müssen feststellen, dass die Regierung bis auf weiteres weder gewillt ist in das Gesundheitswesen noch in die Pflegeversicherung zu investieren, obwohl die jeweiligen Budgets zukünftig ein Defizit aufweisen werden.

Die Pensioniertenabteilung erinnert daran, dass seit der Tripartite im Jahre 2006 die Kaufkraft der Verbraucher insbesondere der Pensionierten stetig abgenommen hat.

Dies ist hauptsächlich die Folge der

- Modellierung des Indexes;
- Modellierung des Rentenajustements oder der Nichtauszahlung des geschuldeten Rentenajustements für das Jahr 2013;
- Erhöhung der Preise für die alltäglichen und unentbehrlichen Dienstleistungen wie z.B. für Wasser, Elektrizität oder öffentlichen Transport, usw ...;
- Erhöhung der Preise der Pflege- und Altenheime;
- Erhöhung der Eigenbeteiligung im Gesundheitswesen und bei der Pflegeversorgung.

Das Austeritätsprogramm der Regierung sieht trotz allem noch weitere Verschlechterungen vor wie

- die Verlängerung der Lebensarbeitszeit ohne Rücksicht auf die Dauer und die Beschwerlichkeit der ausgeübten Berufe;
- die Förderung der privaten Pensionsversicherungen auf Kosten des Umlageverfahrens, wohlwissend dass diese Systeme sehr stark vom Börsengeschäft abhängig sind.

Obwohl feststeht, dass die Länder mit einem hohen Sozialversicherungsniveau am wenigsten unter der aktuellen Wirtschaftskrise zu leiden haben, nehmen die

andauernden Angriffe auf den Solidaritätsstaat nicht ab, wodurch leider die Armutsrate bei den Pensionierten steigt.

Die OGBL-Pensioniertenabteilung fordert deshalb von den Verantwortlichen aus Wirtschaft und Politik

- ▶ eine wachstumsorientierte Politik;
- ▶ die absolute Absicherung des Umlageverfahrens, welches auf der Solidarität der Generationen beruht;
- ▶ die Aufrechterhaltung des Indexmechanismus;
- ▶ die Rücknahme der für den 1. Januar 2013 erfolgten Streichung des Rentenajustements.

Durch die von J.-C. Juncker angedachte Deckelung des Indexmechanismus würden den Sozialkassen größere Einnahmen entgehen, insbesondere der Pensionskasse (14,81 beziehungsweise 7,12 Millionen Euro pro Jahr).

Der Staat zieht sich zusehend aus der Verantwortung im Gesundheitswesen zurück und setzt auf die Eigenbeteiligung der Kranken und Pflegebedürftigen.

Die Pensioniertenabteilung des OGBL lehnt deshalb die Aussage des Premierministers ab, der sich für die Eigenbeteiligung im Bereich der Kranken- und Pflegeversicherung ausgesprochen hat. Diese „Sozialpolitik“ würde unser sonst so gepriesenes Sozialversicherungssystem, auch „Solidaritätssystem“ genannt, in ein Zwei-Klassen-Pflegesystem umwandeln. Ein solches



Pflegesystem wird vehement von der Pensioniertenabteilung des OGBL abgelehnt!

Sie unterstützt jedoch die Einführung eines nationalen Aktionsplans für Demenzerkrankungen, welcher auf Vorbeugung, Früherkennung und medizinische Betreuung ausgerichtet sein soll. Indessen hofft sie, dass die Sozialpartner sowie die jeweiligen Interessenvertretungen mit in die Entwicklung und Umsetzung des Programms eingebunden werden.

Darüber hinaus würden die Delegierten es begrüßen, wenn die laufenden Präventionsprogramme hinsichtlich einer Anpassung an die heutige Gesellschaft und deren technische Entwicklung überarbeitet würden (z.B. Mammographie-Programm).

Des Weiteren fordert die Pensioniertenabteilung des OGBL:

- ▶ die seit dem 1. Januar 2011 erhöhten Eigenbeteiligungen an den Gesundheitsleistungen rückgängig zu machen;
 - ▶ dass der Staat wenigstens 45 % (ursprünglich festgelegter Prozentsatz) zu den Einnahmen der Pflegeversicherung beiträgt. Da die Finanzprognosen der Pflegeversicherung für die kommenden Jahre ein Defizit voraussagen, müsste der staatliche Beitrag entsprechend erhöht werden;
 - ▶ die Aufhebung der Höchstgrenze für die Beitragspflicht in der Sozialversicherung (liegt aktuell bei 5 x den Mindestlohn (1 874,19€ beim aktuellen Indexwert von 756,27) = 9 370,95€)
 - ▶ die Einführung einer effizienten Kontrolle der ausbezahlten Pflegeakte gegenüber den erbrachten Pflegeleistungen welche dem Pflegeempfänger zugutekommen sollen;
 - ▶ die Einführung von Qualitätskriterien im Gesundheitswesen und in der Pflegeversicherung sowie einer Qualitätskontrolle der von den Leistungserbringern erbrachten Leistungen;
- ▶ die Erweiterung des Leistungskatalogs unter Berücksichtigung der aktuellen Gesellschaftsbedürfnisse (z.B.: Anpassung der Pflegeakte und deren Ausführzeiten, Optimierung der Hilfeleistungen für ältere Menschen mit psychiatrischen Erkrankungen);
 - ▶ eine effiziente Versorgung in der Notfallaufnahme („Urgences“ und „Maisons Médicales“) insbesondere älteren Notfallpatienten
 - ▶ eine adäquate Informationspolitik über die gesamten Sozialversicherungsleistungen;
 - ▶ den Zugang der Versicherten zu den abgesicherten Informationen über die Kompetenzen der einzelnen Leistungserbringer im Gesundheitswesen;
 - ▶ die Anpassung der Nomenklatura der Zahnprothetik an die medizinische Entwicklung der letzten Jahrzehnte;
 - ▶ die Weiterentwicklung der Präventivmedizin sowie die Übernahme von alternativen Therapien wie Homöopathie und Umweltmedizin.

Die Pensioniertenabteilung des OGBL warnt vor der schleichenden Privatisierung lebenswichtiger staatlicher Dienstleistungen wie Post, Eisenbahn, Wasserwirtschaft und Gesundheitswesen.

Sie begrüßt die Präsenz und Mitarbeit der Pensionierten in der Arbeitnehmerkammer und steht hinter deren Beschlüssen und erklärt sich einstimmig bereit bei künftigen Aktionen die erworbenen Rechte und die Forderungen gemeinsam mit dem OGBL zu verteidigen.

Die Pensioniertenabteilung erinnert an die Wichtigkeit der Sozialwahlen am 13. November 2013 und ruft in diesem Zusammenhang zu einer massiven Wahlbeteiligung auf.

Informationskonferenz

der Pensioniertenabteilung des OGBL zum Thema

„Wat geschitt wann ech e Fleegfall ginn?“

An wen kann ich mich wenden?

Übernimmt die Pflegeversicherung die Gesamtkosten für den Umbau der Wohnung, für jegliche medizinische und alltägliche Versorgung oder für das Alten- und Pflegeheim?

Donnerstag, den 13. Juni 2013 um 10.00 Uhr
in der „Maison du Peuple“ in Esch 62, bd J.F. Kennedy

Referentin: Frau Andrée Kerger

Chargée de direction adjointe – Cellule d'évaluation et d'orientation de l'assurance dépendance
Inspection générale de la Sécurité sociale (IGSS-CEO/Ministère de la Sécurité sociale)